

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten KO Strache, Vilimsky, Podgorschek  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend den rot-schwarzen Kahlschlag von Polizeidienststellen

**eingebracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend „die Desinformationspolitik über die budgetäre Lage Österreichs“ in der 6. Sitzung des Nationalrates, XXV. GP, am 3. Dezember 2013.**

Die budgetäre Schieflage der Republik ist wesentlich ausgeprägter als im Vorfeld der Nationalratswahl seitens der Bundesregierung kolportiert wurde. Das Budgetloch wurde auf bis zu 40 Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre verortet. Andere Quellen sprechen von ca. 20 Milliarden Euro. Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere Finanzministerin Maria Fekter sowie Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzstaatssekretär Andreas Schieder setzen auf Nicht- und Desinformation. Nach der Wahl, am Abend des 13. November 2013, räumten die Regierungsparteien plötzlich erheblichen Anpassungsbedarf beim Budget ein.

Die neuesten Ideen dazu sind, wie die Tageszeitungen „Krone“ oder auch „Die Presse“ berichteten, bei den Regierungsverhandlungen behandelt worden und zwar einschneidende Sparmaßnahmen für die Exekutive. Die Reformpläne umfassen Sparmaßnahmen in Form der Schließung von 100 Polizeidienststellen. Hauptbetroffene sollen die Länder Niederösterreich und Oberösterreich sein, aber auch in anderen Bundesländern sollen Dienststellen geschlossen werden. Leidtragende sind die Bürger, weil die durchschnittliche Interventionszeit - die Dauer der Exekutive ab Verständigung zum Einsatzort - wird dadurch länger, die Möglichkeit des persönlichen Kontaktes durch den Besuch einer Dienststelle erschwert, etc..

Solche Sparmaßnahmen sind in Zeiten steigender Kriminalität sowie stark zunehmender Belastungen der Sicherheitswachebeamten unverantwortlich.

Waren es im Jahr 2010 noch 535.745 angezeigte Straftaten, so waren es im Jahr 2012 schon 548.027. Im Vergleich Wien mit München wurden im Jahr 2012 in Wien 203.055 Straftaten angezeigt, umgelegt sind dies 23,1 begangene Straftaten pro Stunde, und in München 98.583 Straftaten angezeigt, 11,2 Straftaten pro Stunde. Selbst die Aufklärungsquote lag in Wien bei 35,2 und in München bei 60,5 Prozent.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass das Meinungsforschungsinstitut IMAS gerade eine Umfrage mit dem Titel „Sehnsucht nach Sicherheit“ veröffentlicht hat, welche folgende Ergebnisse beinhaltet:

*„Ein Drittel der Österreicher fühlt sich in der Nacht unsicher in der Nähe ihrer eigenen Wohngegend, insbesondere Frauen, Menschen unter 30 Jahren und Personen aus den urbanen Zentren Österreichs wollen an gewissen Plätzen in der Nähe ihrer eigenen vier Wände am Abend nicht alleine unterwegs sein. (...)“*

*70 Prozent der Bevölkerung fordern von der Politik sich zumindest etwas mehr mit dem Thema Sicherheit zu beschäftigen, mehr als jeder 4. Österreicher spricht sich sogar für einen besonders intensiven Einsatz der Politiker rund um diese Kernfrage der Lebensqualität aus.“*

<http://www.imas.at/index.php/de/imas-report-de/aktuelle-reports/368-23-sehnsucht-nach-sicherheit>

Diese Sparmaßnahmen bei der Sicherheit in Österreich sind abzulehnen, denn das würde einen abermaligen Anstieg der Kriminalität auf Kosten der Bevölkerung bedeuten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Im Zuge der Budgeterstellung wird die österreichische Bundesregierung aufgefordert sicherzustellen, dass es zu keiner Schließung von Polizeidienststellen kommen muss.“

The image shows four distinct handwritten signatures in black ink, likely from members of the National Council, placed over the text of the resolution. The signatures are fluid and vary in style, with some being more legible than others. They are positioned in the lower half of the page, overlapping the concluding statement of the resolution.